

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 6

Artikel: Frankreichs Weg
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WALTER GYSSLING

Frankreichs Weg

Paris, Ende Mai 1947.

Nach zweieinhalbjährigem Auf und Ab und staatsrechtlicher Grundlegung der Vierten Republik steht Frankreich infolge der neuen Aktion des Generals de Gaulle auf einmal wieder vor dem Problem einer Auseinandersetzung mit einer außerparlamentarischen, antidemokratischen Rechtsopposition, welche die Losung eines autoritären Regimes ausgibt. Dies und die Vielfalt politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und anderer Wirrnisse in Frankreich rechtfertigen eine neue Untersuchung des Schicksals Frankreichs und der Perspektiven seiner Arbeiterbewegung. Sie muß notwendig von folgender Erkenntnis ausgehen: Mag in den Jahren seit der Befreiung auch mancher Fortschritt erzielt worden sein, sind auch Anfänge von bedeutungsvollen Nationalisierungen und ebenso wichtige soziale Reformen zu verzeichnen, so ist doch in vielem, in ihrem bürgerlichen Grundcharakter vor allem, die Vierte Republik eine geradlinige Fortsetzung der Dritten, und die Hoffnung weiter Kreise der Widerstandsbewegung, mit der Befreiung Frankreichs vom Joch des Landesfeindes auch dasjenige des Kapitalismus abwerfen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die soziale Befreiung blieb Stückwerk, die Widerstandsbewegung verserbete bald, die Kräfte des alten Frankreichs traten sehr schnell wieder in Erscheinung und Wirksamkeit. Daladier, Jean Piot, Paul Reynaud, um nur die markantesten der bürgerlichen Niederlagestrategen zu nennen, spielen wieder eine führende Rolle im Streit der Parteien; das «Comité des Forges» ist unter anderem Namen wieder aufgelebt, Stützpunkte der Hochfinanz, wie der Crédit Industriel, der Crédit Commercial, die Banque de Paris et des Pays-Bas, die Privatbanken und Holdinggesellschaften der Rothschild, Mirabaud, Worms sind von der Nationalisierung unberührt geblieben. Die Säuberung des öffentlichen Lebens von den Kollaborationisten und den Helfern der Kapitulantenregierung Pétain ist nur in ganz ungenügender Weise erfolgt, worüber auch einige spektakuläre Prozesse gegen eindeutig abgestempelte Verräter und eine Handvoll Maßnahmen gegen allzu betriebsam gewesene Intellektuelle, Künstler, Literaten, Musiker usw. nicht hinwegtäuschen können. Die alte Gesellschaft hat damit den Befreiungsturm nicht nur überstanden, sondern ihre Machtpositionen im großen und ganzen gewahrt.

Die Ursachen dieser «libération trahie», von der man infolgedessen auf der Linken heute spricht, sind eine Zeitlang recht eifrig, wenn auch zumeist parteiisch einseitig oder vom Standpunkt einer nebulösen idealistischen Philosophie aus erörtert worden. So wurde auf den eigentlichen Grund sehr selten verwiesen, auf die mannigfache *Intervention Amerikas zugunsten der französischen Rechten*, deren Kernstück jenes Abkommen mit de Gaulle war, wonach die provisorische Regierung den Verwaltungsapparat Vichys zu übernehmen habe. In den USA hatte man schließlich Lenins «Staat und Revolution» auch einmal gelesen und wußte genau, wie wichtig die Erhaltung des Staatsapparates — Verwaltungsbeamte, Richter, Polizei — für die Sicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft war. Damals mißtrauten die Amerikaner de Gaulle noch und zwangen ihm diese Übernahme des Pétainschen Staatsapparates als *conditio sine qua non* seines Anlandgehens in Frankreich auf. De Gaulle hat sich lange gegen diese Bedingung gesträubt, allerdings wohl schon damals weniger aus Sorge um das Schicksal der sozialen Erneuerung Frankreichs, als aus einer nationalen Empfindlichkeit heraus, welche die Einmischung einer fremden Macht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nur schwer ertrug. Auch darf nicht übersehen werden, daß diese amerikanische Forderung nur einen Teil, wenn auch den wichtigsten, der Aktion zur Rettung der französischen Reaktion und zur Verhinderung einer sozialen Revolution in Frankreich darstellte. Sie begann schon mit dem Wirken Admiral Leahys in Vichy und fand ihre Fortsetzung in Algier mit der Darlan-Komödie und dem «Giraudismus». Ihre einheitliche Linie ist nur zeitweise gestört worden durch das allzu heftige Drängen einiger Trusts, die in der französischen Kolonialwirtschaft, vor allem in Marokko, für sich die Ernte einbringen wollten, bevor die Saat des Staatsdepartements so eigentlich aufgegangen war. Nach der Befreiung oder, wie manche Franzosen sagen, unter der amerikanischen Besetzung des Landes hat dann das *Zusammenspiel zwischen französischer und amerikanischer Bourgeoisie gegen die soziale Erneuerung Frankreichs* in mannigfaltiger Form seine Fortsetzung genommen.

Wir gaben seinerzeit einer revolutionären Entwicklung Frankreichs eine gute Chance unter der Voraussetzung, daß die Hauptkraft der USA nach Beendigung des Krieges in Europa noch längere Zeit in Ostasien gebunden bleibe. Die Ereignisse haben unsere Prognose in deren negativem Sinn bestätigt, das heißt, die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten mittels der Atombombe sich des Krieges gegen Japan wenige Monate nach der Niederwerfung Deutschlands entledigen konnten, hat ihnen eine Machtentfaltung in Europa gestattet, auf deren Konto die Verhinderung einer sozialen Revolution in Frankreich in erster Linie zu setzen ist. Denn dank der mehr oder

minder diskreten Rückendeckung durch ihre Klassengenossen jenseits des Ozeans konnte die französische Bourgeoisie die geringen sozialfortschrittlichen Kräfte des MRP, der neuen katholischen Massenpartei, überspielen und diese in die Bahnen des traditionellen konservativen politischen Katholizismus zurücklenken. Wo, wie etwa in der Tschechoslowakei, der amerikanische Einfluß durch die Anwesenheit der russischen Armeen ausbalanciert war, hat sich auch die katholische Partei nicht ohne weiteres dazu hergeben können, das Spiel der Reaktion und der Hochfinanz zu besorgen. Diese Rettungsaktion der Wallstreet für den französischen Kapitalismus ist in einzelnen Phasen leider durch die taktischen Fehler der französischen Kommunisten erleichtert worden, die durch ihre unangebrachte Einheitszwängerei, ihren unproportioniert lauten Nationalismus und durch den unvorbereiteten, plötzlichen Verzicht auf manche, den Massen ans Herz gewachsene Losungen mehr als einmal auf der Linken Verwirrung schufen und damit den *inneren Zerfall der Widerstandsbewegung* beschleunigten. Auch hier sei auf das tschechische Beispiel verwiesen, wo die Kommunisten durch eine realistischere Politik für die soziale Fortentwicklung des Landes, ja auch für die Stellung ihrer Partei viel mehr herauszuholen verstanden als in Frankreich. Alles andere, die ökonomische Wiedererstarkung der Bourgeoisie durch die Finanz- und Währungspolitik de Gaulle-Pleven und durch die Wirtschaftspolitik des MRP-Ministers François de Menthon, ihre politische Neuformierung, die erneute Festigung ihres Einflusses auf den Staatsapparat bis zur jetzt begonnenen Neubildung einer autoritär-antidemokratischen Rechten wurzelt in dem innerpolitischen Fehlschlag der Widerstandsbewegung und in der amerikanischen Intervention, die dafür in erster Linie verantwortlich ist.

Die Situation, die sich daraus entwickelt hat, ist im Augenblick folgende: Ökonomisch gesehen, ist das zentrale Problem einer Modernisierung und technischen Neuausrüstung der französischen Wirtschaft, von deren Fehlen die meisten der inneren Widersprüche der französischen Gesellschaft ausgehen, nach wie vor ungelöst. Trotz den imposanten Anstrengungen der französischen Arbeiterschaft wird angesichts der ungenügenden Konzentration und Modernisierung des Produktionsapparates zu wenig und zu teuer produziert. Die Lage der breiten Massen ist infolgedessen prekär, ihr Lebensstandard vielfach bedenklich niedrig. Der revolutionierende Faktor der modernen Produktionsmethoden ist in Frankreich von geringer Wirkungskraft, seine sehr beschränkte Bedeutung spiegelt sich in einem zählebigen Konservatismus, der von den «Usancen» im Wirtschaftsleben bis zum persönlichen Lebensstil jedes Einzelnen reicht. Der Kontrast zwischen den natürlichen Möglichkeiten und den Aufgaben, die ihm seine Stellung unter den Mächten

aufgelegt, einerseits und dem Entwicklungsrückstand seines Produktionsapparates andererseits hat für Frankreich eine doppelte Wirkung. Er entwickelt die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen einer Revolution ebenso sehr, wie er gleichzeitig mit der erwähnten ihm innewohnenden Tendenz zu einem betonten Traditionalismus weite Schichten bewußtseinsmäßig den revolutionären Kräften entfremdet. In der Ebene der Politik hat dies zur Bildung jener beiden Blöcke geführt, die sich sowohl um die Kommunistische Partei und den Gewerkschaftsbund, bzw. um das katholisch betonte MRP und die hinter ihm stehenden gesellschaftlichen Mächte – Kirche und Hochfinanz – gruppieren. Zwischen diesen beiden Blöcken hält sich die Sozialistische Partei, die SFIO, mit wechselndem Geschick vorerst noch als ausgleichender Faktor aufrecht. Die beiden Blöcke entsprechen im wesentlichen den beiden maßgebenden Klassen der Gesellschaft, dem Proletariat und der Bourgeoisie; die Zwischenschichten haben sich zum Teil auf beide Blöcke verteilt, zum Teil bilden sie zusammen mit gewissen Arbeiterkategorien die Basis der SFIO. Die Tendenz zu einer Konzentrierung der Energien an den beiden Polen und zur Schwächung der Mitte, die heute in Frankreich zu beobachten ist, ergibt sich einmal daraus, daß das Problem eines Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung heute im Weltmaßstab gestellt ist, zum andern, daß eben Frankreich inmitten dieser Situation auch noch die Aufgabe der von allen Seiten als notwendig erkannten Neuequipierung seiner Wirtschaft durchzuführen hat, und dies natürlich nur unter schweren Opfern tun kann. Diese Opfer wollen die schon durch Krieg und Besetzung verarmten Massen verständlicherweise nur auf sich nehmen, wenn ihre und ihrer Kinder Zukunft wenigstens dafür durch eine sozialistisch organisierte Planwirtschaft gesichert wird, wenn der durch die Opfer aller modernisierte Produktionsapparat dann auch in die Hände aller übergeht und nicht, wie bisher, das Ausbeutungsinstrument einer dünnen Oberschicht bleibt, wenn eine planvolle Wirtschaftslenkung Gewähr dafür bietet, daß die gesteigerte Maschinisierung nicht bei der nächsten Weltkrise die Ursache gesteigerter Massenarbeitslosigkeit wird. Kurz: die Kompensation, welche die Massen für die Übernahme neuer Opfer zur Modernisierung des Produktionsapparates fordern, ist ein Weiterschreiten auf dem Wege der sozialen Reformen und der allmählichen Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus.

Das ist aber gerade der Preis, den die Bourgeoisie dafür nicht bezahlen will. Und daher liebäugelt sie jetzt mit der autoritären Abenteuerpolitik des Generals de Gaulle, der den gordischen Knoten der französischen Probleme mit dem Schwert seines militärisch forschenden Kommandowortes durch-

hauen zu können glaubt. Die Demokraten Frankreichs, die Arbeiterbewegung tun gut daran, dieses Unternehmen de Gaulles im Hinblick auf seine Gefahren nicht zu unterschätzen. Gewiß, daß in Frankreich der Faschismus siegt, erscheint unvorstellbar. Diese Sonderform der brutalsten Kapitaldiktatur mit allen Scheußlichkeiten, die ihr anhaften, und mit dem ihr untrennbar verbundenen Drang nach gewaltmäßiger Expansion ist nach den bisherigen Erfahrungen nur dort in Erscheinung getreten, wo die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche infolge des Weiterbestehens feudaler Rudimente die sonst üblichen Spannungen innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft wesentlich überstieg. Das war der Fall in Italien mit seinen Latifundien, in Deutschland mit seinen Junkern, in Spanien mit seinem aristokratisch-klerikalen Großgrundbesitz. Nur dort waren bis jetzt eigentlich faschistische Diktaturen, das heißt solche, die sich auf eine politische Massenbewegung als Basis stützen können, zu verzeichnen. Es würde hier im Augenblick zu weit führen, so reizvoll es wäre, den Unterschieden zwischen diesen echten faschistischen Regimes und den ihnen in vielen Äußerlichkeiten so ähnlichen Militär- und Polizeidiktaturen weiter nachzuspüren, besonders bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterklasse und der von ihr in beiden Fällen anzuwendenden politischen Strategie. Wir müssen uns im Augenblick mit der Feststellung begnügen, daß in Frankreich eigentlich feudale Überreste von wesentlicher Bedeutung nicht mehr bestehen, und daß in diesem Land, das seine bürgerliche Revolution voll durchgekämpft und sie vor allem auch ökonomisch gesichert hat, der Faschismus daher keinen geeigneten Boden findet. Man mag dies als Hypothese ansprechen, sie ist immerhin historisch durch den eklatanten Mißerfolg aller faschistischen Bewegungen in Frankreich (de la Rocque, Laval, Pétain, Doriot) begründet. Keine ist zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. Ein paar tausend randalierende Studenten des Quartier Latin sind in einem 40-Millionen-Volk noch lange keine Massenbasis, wie sie einem Hitler und einem Mussolini zur Verfügung stand. Dagegen, auch das lehrt die Geschichte, war in Frankreich die Möglichkeit eines autoritären Abenteuers wiederholt gegeben und fand dort im «Bonapartismus» seine sozusagen klassische Ausprägung, die auch die marxistische Theorie stark beschäftigt hat. Sie definiert den Bonapartismus als eine gewisse Verselbständigung des staatlichen Repressionsapparates, die von der herrschenden Klasse zugestanden oder vorgenommen wird, wenn ein Zustand des annähernden Gleichgewichts der Klassen die Fortdauer der bürgerlichen Vorherrschaft und damit diejenige ihres ganzen Gesellschaftssystems zu gefährden droht. Wo die Arbeiterklasse derart erstarkt ist, daß für sie die Möglichkeit besteht, mit den Mitteln der Demokratie die bürgerliche Klassen-

herrschaft zu brechen, gibt die Bourgeoisie zwecks Rettung derselben die Demokratie zugunsten autoritärer, bonapartistischer Regierungsformen preis.

Es ist nun nicht zu leugnen, daß die augenblickliche Situation Frankreichs viele Momente in sich birgt, welche der Bourgeoisie den Gedanken an autoritäre Abenteuer verlockend erscheinen lassen müssen. Die beiden Blöcke der Parteien und Klassen, die einander gegenüberstehen und die das stabile Gleichgewicht der Gesellschaft längst in ein labiles verwandelt haben, sind ungefähr gleich stark und lähmen in ihrem Widerstreit Staat und Wirtschaft in bedenklicher Weise. Es wäre ein Trugschluß, von dem kürzlich erfolgten Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung Ramadier eine Entspannung der Situation zu erwarten. Denn gerade die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, wie sehr es sich bei den aktuellen Konflikten nicht um einen simplen Streit unter den Parteien, sondern um die Austragung von Klassengegensätzen handelt. Die Kommunisten und die von ihnen beherrschte GGT repräsentieren heute fraglos die Mehrheit der französischen Arbeiterklasse. Der Conseil National der SFIO hat nur mit knapper Mehrheit Ramadier ein Weiterregieren mit den bürgerlichen Parteien, ohne und gegen die Kommunisten erlaubt. Wenn daraus ein Regieren gegen die Arbeiterklasse würde, könnte dies von der Partei nicht mehr gestattet werden, da sie sich nicht ohne Selbstaufgabe von dem proletarischen Element ihrer Basis trennen kann. Weder Ramadier noch die SFIO würden sich zu solch einer Politik, die freilich nach dem Herzen der jetzt bürgerlichen Regierungsmehrheit wäre, hergeben. Gerade die Probleme, die heute im Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen stehen, Lebensmittelversorgung, Löhne, Preise, sind ja nur verschiedene Aspekte des einen Objekts, um das der Klassenkampf immer geht, der Verteilung des Sozialprodukts. In diesem Kampf kann sich die sozialistische Partei nicht von der Arbeiterklasse trennen. Alle Spekulationen, seien es die de Gaulles oder jene gewisser bürgerlicher und pseudosozialistischer Literaten auf einen aus der sozialistischen SFIO und dem bürgerlich-katholischen MRP gefügten Block der Mitte, für den schon auf Vorschluß der trügerische Name «Travaillismus» ausgeheckt wurde, sind verfehlt, denn sie verkennen die Bedeutung der Tatsache, daß eben die Mehrheit der französischen Arbeiterklasse heute den Kommunisten folgt. Für die Politik der SFIO hat dies aber unvermeidliche Auswirkungen, die der wegen seiner antikommunistischen Ressentiments bekannte Gewerkschaftsführer Capocci offenbar sah, als er, für viele überraschend, auf dem Conseil National gegen die Lösung der Regierungskoalition mit den Kommunisten auftrat und erklärte, die sozialistischen Gewerkschafter wollten und würden nicht zu Streikbrechern werden in den

nun aufflammenden Konflikten, in denen die sozialistischen Minister die Lohnstopp-Politik der Regierung gegen die Forderungen der Arbeiterklasse zu verteidigen haben.

Die ersten großen Lohn- und Streikkämpfe der Metall- und Mühlenarbeiter haben denn auch schnell mit einem Nachgeben der Arbeitgeber und der Regierung geendet, deren Lohnstopp-Politik bereits einige einschneidende Korrekturen erfahren hat. Die erste Runde des Kampfes ist im Gang, und es erscheint kein Zweifel daran möglich, daß die Arbeiter sie gewinnen, das heißt, daß auch in andern Branchen beachtliche Lohnerhöhungen eintreten werden. Was wird die Folge sein? Werden die Lohnerhöhungen bald wieder durch Preissteigerungen illusorisch werden, oder wird die französische Arbeiterklasse in der Tat einen erhöhten Anteil am Sozialprodukt behaupten können? Darum geht künftig der Kampf zwischen den gesellschaftlichen Kräften, darüber streiten sich heute schon die Theoretiker. Die des Bürgertums und auch die Wortführer des gemäßigten Flügels der Sozialisten vertreten den Standpunkt, daß die Politik der Lohnerhöhungen gefährlich sei, weil sie zwangsläufig zu einer Vermehrung der Produktionskosten, zu Preissteigerungen und schließlich mit dem Wettrennen der Preise und Löhne zur Vollinflation führe, die nach aller Erfahrung niemanden härter trifft als die Arbeiterklasse. Nicht nur von den Kommunisten, sondern auch aus den Reihen der Gewerkschaften und der SFIO wird dieser Überlegung entgegengehalten, daß die Preissteigerungen nicht notwendige Folgen der Lohnerhöhungen seien, diese könnten auch auf Kosten der erheblich gestiegenen Kapitalprofite und der meist stark übersetzten Handelsmargen erfolgen, ja die bisherigen Unternehmerprofite brauchten nicht einmal angetastet zu werden, die bessere Entlohnung der Arbeiter sei ohne Erhöhung der Preise infolge der bedeutend gestiegenen Produktion möglich, das heißt infolge der Vermehrung des Sozialproduktes. Der für alle bereitstehende Kuchen sei größer geworden, also könnten auch alle größere Teile bekommen. Beide Theorien erscheinen auf den ersten Anblick bestechend, und beide sind doch anfechtbar, weil sie die Frage ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten untersuchen, ohne auf die gesamtgesellschaftliche Situation einzugehen. Die Wirtschaft funktioniert aber nicht im luftleeren Raum, sondern in unserem Fall unter den Bedingungen der kapitalistischen Klassengesellschaft, wobei die Bourgeoisie die herrschende Klasse ist. Und solange dies der Fall ist, wird in der Tat nicht zu verhindern sein, daß sie zugestandene Lohnerhöhungen in Form von Preissteigerungen wieder zurücknimmt und ihren Anteil am Sozialprodukt nicht nur aufrechterhält, sondern auch auf Kosten der Arbeiterklasse weiter zu vergrößern trachtet.

Weder die bürgerlichen Theoretiker noch Ramadier haben klipp und klar gesagt, daß der «circulus vitiosus» der sich gegenseitig in die Höhe treibenden Preise und Löhne nur deshalb nicht zu durchbrechen ist, weil eben und solange die Bourgeoisie die herrschende Klasse ist. Im Begriff «herrschende Klasse» ist auch die Machtfülle eingeschlossen, jede Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zugunsten der Beherrschten verhindern zu können. Ebensowenig wagen die Kommunisten mit Rücksicht auf die demokratisch-nationale Fassade, die sie sich zugelegt haben, offen zu bekennen, daß eine Erhöhung des Anteils der Arbeiterklasse am Sozialprodukt auf Kosten des Kapitals die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und nicht nur ihre Beteiligung an der Regierung zur Voraussetzung hat. In gleicher Weise ist natürlich auch auf dem Weg der offiziellen Regierungspolitik der Preissenkungen keine Verschiebung des Anteils beider Klassen am nationalen Arbeitsertrag zu erwarten. Und zwar aus demselben Grund, der in der Debatte allerdings wieder nicht ausgesprochen wird. Der These, daß die Lage der Arbeiterschaft durch eine Kaufkraftsteigerung des Geldes, mit andern Worten durch ein Sinken der Warenpreise, verbessert werden kann, steht wiederum die Tatsache entgegen, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie herrscht und ihre Herrschaftsstellung benützt, um ihre eigene Vorzugsstellung zu verteidigen und auszubauen. Wie das in der Praxis gemacht wird, darüber ließen sich aus dem Leben der letzten Monate Dutzende von Beispielen anführen. Es hat auch seit Beginn 1947 gewisse Preiserhöhungen gegeben; die Baisseverordnungen, die vielfach nur für den Detailhandel galten, wurden durch Veränderungen der Warentypen und Packungen, durch gefälschte Preisauszeichnungen, künstlich organisierten Warenmangel umgangen und unwirksam gemacht; die von Léon Blum erstrebte Auftauung der Lager läßt noch immer auf sich warten, und jedesmal, wenn die rein ökonomischen Mittel der Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Positionen nicht ausreichend erscheinen, wird die Phalanx der bürgerlichen Regierungsmitglieder zur Abschwächung der offiziellen Baissepolitik eingesetzt, was sich in der Regel unter lautem Geschrei gegen den «Dirigismus» vollzieht.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß die französische Bourgeoisie nach der Befreiung Frankreichs dank der amerikanischen Hilfeleistung wieder in den Sattel gesetzt worden ist, daß die französische Arbeiterklasse zurzeit an ihrem Lebensunterhalt die Folgen dieser Entwicklung verspürt, daß eine eigentliche faschistische Gefahr nicht besteht, wohl aber die autoritärer Abenteuer, daß sich endlich fürs erste kein Ausweg aus dem Lohn-Preis-Dilemma und bezüglich des Problems der dringenden Erneuerung des Produktionsapparates zeigt. Läge Frankreich auf dem Mond, und wäre es nicht

eingesponnen in das Staaten- und Völkernetz unserer Erde, wären sein Kapitalismus und seine Bourgeoisie nicht Teile des Weltkapitalismus und der Weltbourgeoisie, die Lösung läge einfach in der Machtergreifung der französischen Arbeiterklasse auf dem revolutionären Weg. Die Bourgeoisie, die ihre Herrschaftsstellung nicht der eigenen Kraft, sondern der Stützung von außen verdankt, könnte dies nicht mehr verhindern. Doch Frankreich liegt eben in unserer Welt, und so wie es heute keine lokalisierten Kriege mehr gibt, gibt es auch keine lokalisierten Revolutionen mehr. Einer kurzfristigen revolutionären Prognose für Frankreich steht heute noch die Weltlage entgegen. Die Produktionskräfte der Welt haben sich im Zuge des Krieges weitgehend aus Europa nach Amerika verlagert, dessen wirtschaftliche und finanzielle Vormachtstellung heute stärker als je ist. Der kapitalistisch-reaktionäre und imperialistisch aggressive Charakter der amerikanischen Demokratie zeigt sich gerade im Augenblick besonders deutlich, ihre Zusammenarbeit mit den faschistischen oder autoritären Regimes in Spanien, Argentinien, Brasilien, der Türkei wird nicht mehr im geringsten verschleiert. Die durch den Krieg geschwächten Länder Europas sind für den Wiederaufbau heute noch weitgehend auf die wirtschaftliche Hilfe Amerikas angewiesen; die Sowjetunion, welche die ärgsten Zerstörungen über sich ergehen lassen mußte, kann ihnen nicht beispringen, sie wäre selbst um amerikanische Hilfe froh, die zu entbehren nicht einmal für England leicht sein wird. Die Abhängigkeit weiter Gebiete der Welt von der wirtschaftlichen Kraft der USA bildet die Grundlage der Dollardiplomatie, wie sie heute mit deutlich sozialreaktionärer Zielsetzung von Washington aus praktiziert wird. Frankreich hängt mehr im Bereich ihrer Polypenarme, als vielen Franzosen bewußt ist. Es kann von ihr nur frei werden, wenn es seine eigene nationale Wirtschaftskraft so verstärkt, daß es damit eine relative ökonomische Unabhängigkeit gewinnt. Die Steigerung seiner Produktion, der Ausbau seines Produktionsapparates, wie dies der Monnet-Plan vorsieht, wird heute von den Führern der Sozialisten und der Kommunisten in gleicher Weise gefordert. Wenn letztere dabei aus agitatorisch-taktischen Gründen das nationale Moment in den Vordergrund rücken, so sind sie sich doch auch darüber klar, daß nur so eine von der Wallstreet unabhängige, starke Nationalwirtschaft geschaffen werden kann, in der es dereinst etwas anderes zu sozialisieren gibt als Defizite und Ruinen. Um dieses Zukunftszieles willen haben sich beide Parteien bereit gezeigt, der französischen Arbeiterklasse große Opfer in ihrer Lebenshaltung zuzumuten, und es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß diese weitgehend bereit ist, ihren Führern auf dem steinigen und nicht risikolosen Weg zu folgen. Wer die Stimmung der französischen Arbeiterschaft sorgsam beobachtet, wird zu

dem Schluß kommen, daß diese fest entschlossen ist, autoritäre Abenteuer abzuwehren, daß sie sich selbst aber auch nicht auf den Weg einer voreiligen Abenteuerpolitik drängen läßt, sondern unter steter Verteidigung ihrer Positionen abwartet, bis ihr wieder die Stunde zum Angriff gegen die Bourgeoisie schlägt. Die allmähliche wirtschaftliche Wiedererstarkung der Sowjetunion und der europäischen Länder, die fortschreitende Befreiung der Kolonialvölker vom Joch des weißen Imperialismus, die sich daraus ergebende Schwächung der westlichen Bourgeoisien und die heraufdämmernde Wirtschaftskrise in den USA, endlich die Annäherung Englands an die Sowjetunion sind die wichtigsten Voraussetzungen einer künftigen Weltsituation, die es der französischen Arbeiterklasse von neuem gestatten würden, gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in Frankreich die Offensive zu ergreifen.

KLAUS BÜHLER

Frankreich, Deutschland und Europa

I.

Die Entscheidung über die Um- und Neugestaltung des besiegten Deutschlands, die seit der Moskauer Außenministerkonferenz fernergerückt scheint denn je, schließt auch die Entscheidung über die Zukunft Europas in sich. Schon während des Krieges war es klar, daß das niedergerungene Nazireich unter Kuratel, unter Zwangsverwaltung gestellt würde. Einer solchen Vormundschaft, Treuhänderschaft, oder welchen Namen man vorzieht, stimmten auch *die* Sozialisten grundsätzlich zu, welche als wesentliche Ursache des sogenannten zweiten Weltkriegs die Reaktion gegen die notwendig gewordene weltrevolutionäre Entwicklung erkannt hatten und im Nationalsozialismus einen *Teil* dieses allgemeinen Bremsversuchs sahen. Ihre Sorge galt vielmehr der Frage, *welcher Art* die Kuratoren sein und *welche Ziele* sie verfolgen würden. Eine nur zu gerechtfertigte Sorge! Denn der Auseinanderfall der gegen das Hitlerreich kämpfenden Koalition erfolgte, wie kaum anders zu erwarten war, nach dem Ende der Feindseligkeiten mit der Promptheit eines «historischen Gesetzes». Im großen gesehen, trat einfach der faktische und ideologische Gegensatz zwischen der Gesellschaftsform der beiden mächtigsten Koalitionspartner, der Vereinigten Staaten von Amerika und der USSR, als der wesentliche Trennungsfaktor wieder zutage. Großbritannien, als Kopf des British Commonwealth wie auch des Empire, dessen tief-